ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Nierhaus, Wolfgang

Article

Konjunkturprognose 2012: Deutsche Wirtschaft von Schuldenkrise ausgebremst

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2012) : Konjunkturprognose 2012: Deutsche Wirtschaft von Schuldenkrise ausgebremst, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 19, Iss. 1, pp. 4-10

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169980

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Konjunkturprognose 2012: Deutsche Wirtschaft von Schuldenkrise ausgebremst[1]

*zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus**

Weltwirtschaftliches Umfeld

Das weltwirtschaftliche Expansionstempo hat sich in den zurückliegenden Monaten verlangsamt. Nach den Ergebnissen des World Economic Survey hat sich das ifo Weltwirtschaftsklima in allen großen Wirtschaftsräumen verschlechtert. Der Stimmungseinbruch reflektiert die im Herbst 2011 drastisch gestiegene Unsicherheit bezüglich des Ausblicks für die Weltwirtschaft. Die Verunsicherung dürfte im Prognosezeitraum einer der zentralen Belastungsfaktoren für die Konjunktur sein.

Die Verunsicherung ist das Ergebnis mehrerer, sich teilweise gegenseitig verstärkender Faktoren. So ist der massive Stimmungseinbruch der privaten Wirtschaftsakteure nicht zuletzt auf die Erfolglosigkeit der bisherigen Ansätze zur nachhaltigen Lösung der Staatsschuldenkrise im Euroraum zurückzuführen. Die damit zunehmende Gefahr, dass die Schuldenkrise in eine europaweite Banken- und Wirtschaftskrise ausartet, die auch andere Regionen der Welt schwer belastet, ließ die Volatilität auf den Finanzmärkten rasant zunehmen. Zur Beunruhigung trägt auch bei, dass die Fähigkeit der Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung neuerlicher Krisen in der Mehrzahl der Industrieländer nur noch sehr begrenzt ist. So macht die vielerorts hohe Staatsverschuldung die Implementierung umfangreicher Maßnahmen zur Stützung des Bankensektors oder zur Stimulierung der Konjunktur nahezu unmöglich. Zudem liegen aktuell die Leitzinsen in fast allen fortgeschrittenen Volkswirtschaften auf einem sehr niedrigen Niveau, was den Spielraum der dortigen Zentralbanken stark einschränkt.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung hängt im Prognosezeitraum entscheidend von der Beherrschbarkeit der europäischen Schuldenkrise ab. Die vorliegende Prognose beruht auf der Annahme, dass es gelingt, die Finanzmärkte nachhaltig zu beruhigen und somit eine weitere Eskalation der Krise zu verhindern. Dies erfordert hinreichend starke Anstrengungen zur Sanierung der Staatsfinanzen in vielen Mitgliedsstaaten des Euroraums. Dabei müssen nicht nur die bereits angekündigten Spar- und Reformprogramme lückenlos umgesetzt, sondern auch eine darüber hinausgehende, spürbare Intensivierung der fiskalischen Konsolidierung vorgenommen werden. Unter diesen Annahmen ist mit keinen weiteren Schuldenschnitten zu rechnen und die gemeinsame europäische Währung dürfte stabil bleiben. Entsprechend ist zu hoffen, dass sich die aktuell herrschende Unsicherheit im Verlauf des Jahres 2012 langsam abbauen wird.

Allerdings ist es alles andere als sicher, dass sich das eben geschilderte Basisszenario realisiert. Auch dem wichtigsten Risikoszenario, dass der politische Wille zur Durchführung weitreichender Reformen in großen Ländern wie Italien und Spanien erlahmt oder dass die Reformen von den Investoren als nicht glaubwürdig und effektiv bewertet werden, muss eine nicht unerhebliche Eintrittswahrscheinlichkeit zugemessen werden. In dieser Situation sind verschiedene wirtschaftspolitische Reaktionen wie die Vergemeinschaftung der öffentlichen Schulden oder der unbegrenzte Aufkauf von Staatspapieren durch die Europäische Zentralbank (EZB) denkbar, die alle hohe Risiken für die Konjunktur und die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung bergen und den Fortbestand der Währungsunion in Frage stellen.

Gemäß dem Basisszenario wird sich die Expansion der Weltwirtschaft im Prognosezeitraum spürbar verlangsamen. Die Verunsicherung dürfte die Finanzierungsbedingungen für Banken und Unternehmen weltweit verschlechtern und darüber hinaus zum Aufschub vieler Konsum- und Investitionsausgaben führen. Die schlechte Vermögenssituation der privaten Haushalte in den USA sowie in einigen europäischen Ländern wird weiterhin nach einer hohen Sparquote verlangen und somit die Entwicklung des privaten Konsums stark belasten. Schließlich wird die Finanzpolitik in Europa und den USA aufgrund der hohen Staatsverschuldung spürbar kontraktiv ausgerichtet sein. Der negative Fiskalimpuls dürfte besonders stark in mehreren von der Schuldenkrise bedrohten Euroraumländern sein, deren Wirtschaftsleistung im Jahr 2012 voraussichtlich schrumpfen wird.

Die wirtschaftliche Dynamik in den Schwellenländern dürfte zwar durch die konjunkturelle Abschwächung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften gedämpft werden. Doch dürften die endogene Binnendynamik sowie die zuletzt wieder expansiver gewordene Geldpolitik dazu führen, dass sie hohe Produktionszuwächse bei positiven Wachstumsbeiträgen der Nettoimporte verzeichnen. Damit stellen sie ein stabilisierendes Element für die Weltwirtschaft dar.

* *Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Referent am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. tätig.*

Gemäß dem Basisszenario unterstellen wir, dass sich die Zuversicht von Konsumenten und Produzenten in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in der zweiten Hälfte 2012 etwas erholt, was gegen Ende des Prognosezeitraums die Weltkonjunktur leicht beleben wird. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt im vergangenen Jahr um 3,8 % zugenommen haben, im laufenden Jahr ist mit einer Rate von 3,3 % zu rechnen. Entsprechend wird sich die Zunahme des Welthandels von 6,2 % (2011) auf 3,9 % (2012) abschwächen. Die globale konjunkturelle Abschwächung in den kommenden Quartalen und das sukzessive Auslaufen der Teuerungsimpulse aus dem Rohstoffpreisanstieg in der ersten Jahreshälfte 2011 werden den Preisauftrieb in allen Regionen der Welt reduzieren. Gleichwohl wird die Inflationsrate in den aufstrebenden Volkswirtschaften weiterhin deutlich höher als jene in den Industrieländern sein.

Ausblick für Deutschland

In Deutschland ist die gesamtwirtschaftliche Produktion bis zuletzt deutlich gestiegen. Im dritten Quartal 2011 nahm das reale Bruttoinlandsprodukt saison- und kalenderbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 2,0 % zu. Im Vorjahresvergleich erhöhte es sich um 2,5 %. Nach wie vor wird die deutsche Konjunktur von den binnenwirtschaftlichen Auftriebskräften getragen.

Wie wichtig die heimischen Auftriebskräfte für die deutsche Konjunktur geworden sind, zeigt sich darin, dass zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts vom ersten Quartal 2010 bis zum dritten Quartal 2011 in Höhe von 6 % die inländischen Verwendungskomponenten allein 5 Prozentpunkte oder vier Fünftel beigetragen haben, davon entfallen 3 Prozentpunkte auf die Zunahme der Bruttoinvestitionen und 2 Prozentpunkte auf die Zunahme der privaten und öffentlichen Konsumausgaben. Nur einen Prozentpunkt hat dagegen der Außenbeitrag beigesteuert.

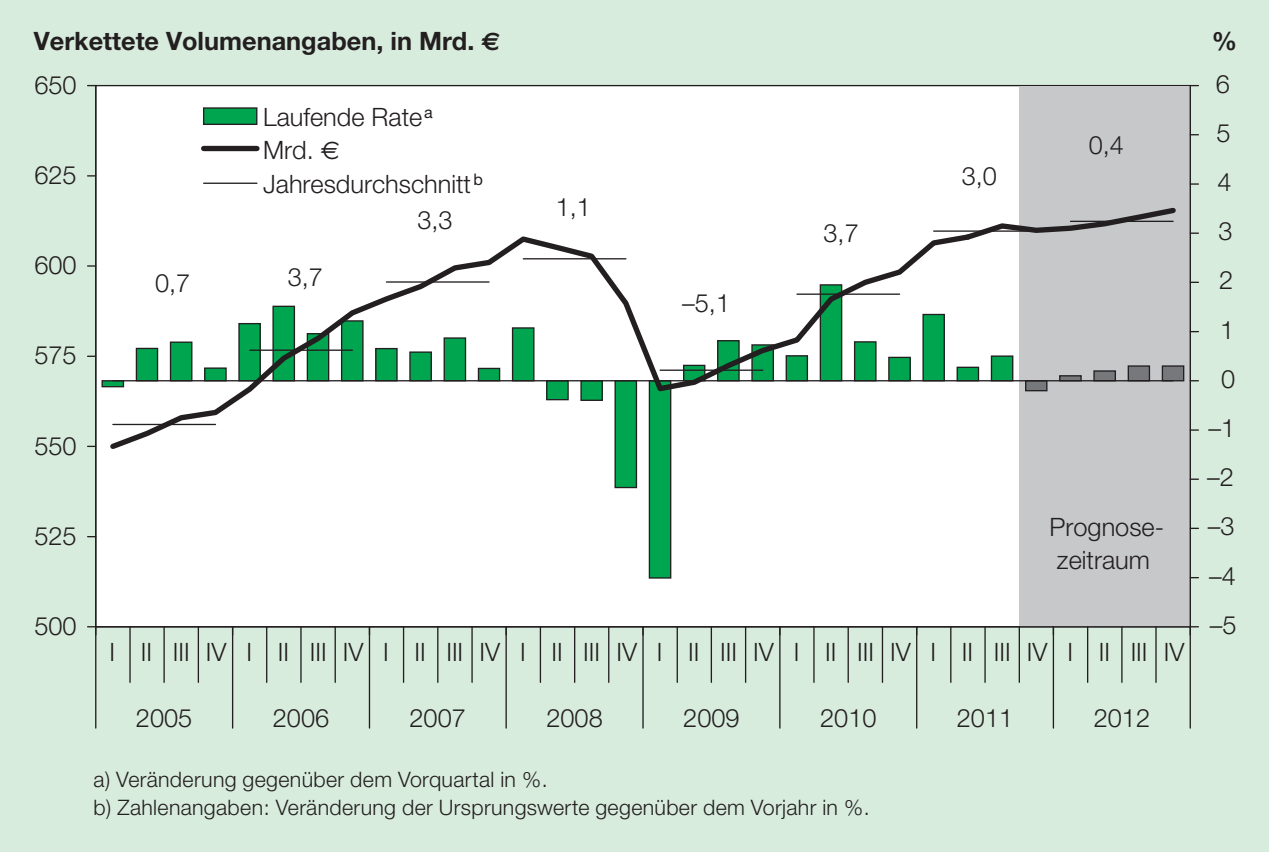
Box: Annahmen der Prognose

- Der Brent-Ölpreis wird im Prognosezeitraum 111 US-$ pro Barrel betragen.
- Der Wechselkurs des Euro wird im Prognosezeitraum bei 1,35 US-$ liegen.
- Die Eurokrise wird durch umfangreiche und glaubwürdige Konsolidierungsschritte in den betroffenen Ländern allmählich entschärft

Im Prognosezeitraum dürfte sich der Aufschwung in Deutschland nicht weiter fortsetzen, die Konjunktur wird im Winter vermutlich sogar in einen Abschwung geraten. Die Exporte werden voraussichtlich erheblich vom weltwirtschaftlichen Tempoverlust und insbesondere von den vielfältigen Konsolidierungs- und Sparanstrengungen im Euroraum in Reaktion auf die Staatsschuldenkrise belastet. Die bei schwacher Produktionsentwicklung wohl sinkende gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung sowie die hohe Unsicherheit dürften zudem die Ausrüstungsinvestitionen dämpfen. Der zyklisch eher nachlaufende private Konsum wird dagegen von der guten Arbeitsmarktlage und der noch recht günstigen Einkommenssituation gestützt und robust expandieren. Befördert durch niedrige Zinsen und die Unsicherheit der Investoren in Bezug auf ausländische Finanzanlagen, dürfte auch die Nachfrage nach Wohnbauten zunehmen. Daher ist zu erwarten, dass Deutschland – anders als viele europäische Partnerländer – nicht in eine Rezession gerät. Dies hängt allerdings entscheidend von dem der Prognose zugrunde liegenden Basisszenario ab, dass keine allzu umfangreichen Rettungsaktionen stattfinden, denn das würde den Vorteil der niedrigen Zinsen zerstören. Aus den Annahmen des Basisszenarios folgt zudem, dass die Weltwirtschaft langsam wieder Tritt fasst, was die deutschen Exporte stützt. Auch die Zuversicht der deutschen Unternehmen dürfte dann schrittweise zurückkehren, sodass die Unternehmensinvestitionen nach und nach hochgefahren werden. Bei robuster Konsumnachfrage und weiter guter Wohnungsbaukonjunktur ist damit zu rechnen, dass das Bruttoinlandsprodukt in der zweiten Hälfte von 2012 ungefähr mit der Rate des Produktionspotenzials von annualisiert rund 1¼ % zulegt. Insgesamt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2011 um 3,0 % zugenommen haben, im Jahr 2012 wird sie aber nur noch um 0,4 % steigen (vgl. Abb. 1).

Bei alledem wird sich der Beschäftigungsaufbau verlangsamen. Im Jahresdurchschnitt 2012 dürfte die Erwerbstätigkeit um 210.000 Personen oder 0,5 % steigen. Die Zahl der Arbeitslosen wird, auch aufgrund von demographischen Faktoren, im Jahresdurchschnitt voraussichtlich um 140.000 auf rund 2,8 Mill. Personen zurückgehen. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,7 %. Im Gefolge der schwächeren Konjunktur wird sich das Tempo des Preisauftriebs abschwächen; im Jahresdurchschnitt 2012 ist mit einer Inflationsrate von 1,8 % zu rechnen (2011: 2,3 %). Das staatliche Budgetdefizit in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt wird im laufenden Jahr voraussichtlich bei 0,9 % liegen (vgl. Tab. 1).

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (preisbereinigt, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf)



a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
b) Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Es muss betont werden, dass die makroökonomische Unsicherheit nicht zuletzt aus politischen Gründen derzeit extrem hoch ist. So könnten schon kleine Abweichungen Italiens vom geplanten Konsolidierungskurs zu neuen Verwerfungen an den ohnehin extrem angespannten Finanzmärkten und kaum abschätzbaren politischen Reaktionen führen. Diese könnten die der Prognose zugrunde liegenden Annahmen schnell obsolet werden lassen. Aus technischer Sicht ist damit die Eintrittswahrscheinlichkeit des Basisszenarios deutlich geringer als es in normalen Prognosesituationen der Fall ist. Daher wird an dieser Stelle anders als in früheren Prognosen üblich – kein Prognoseintervall angegeben.

Abkühlung der Weltkonjunktur dämpft Ausfuhr

Die deutschen Ausfuhren expandierten mit 2,5 % im dritten Quartal 2011 kaum schwächer als im vorhergehenden Quartal. Verstärkt wurde aus europäischen Ländern nachgefragt, die nicht zur Europäischen Union gehören. Besonders auffallend waren die Beiträge der Schweiz und Japans. Die Eidgenossen nutzten die Aufwertung des Franken gegenüber dem Euro zum vermehrten Kauf deutscher Güter, während die Japaner ihre Importe im Zuge des Wiederaufbaus nach der Natur- und Reaktorkatastrophe hochfuhren. Im Gegensatz dazu kamen von den typischen Abnehmerländern deutscher Produkte wie Frankreich, den USA, Großbritannien und China keine nennenswerten Impulse. Die europäischen Problemländer Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien hielten sich mit dem Kauf deutscher Güter deutlich zurück. Für das vierte Quartal 2011 sind die Indikatoren deutlich pessimistisch. Aufgrund des starken Sommerhalbjahres ergibt sich jedoch für das Gesamtjahr 2011 ein Exportzuwachs von 8,4 %.

Die Schwäche bei den Exporten im vierten Quartal 2011 wird sich wohl bis in das Frühjahr 2012 fortsetzen, da sich die Konjunktur in wichtigen Abnehmerländern abschwächt und der übrige Euroraum in eine Rezession abrutscht. Im weiteren Verlauf des Jahres dürften mit der erwarteten Belebung der Weltkonjunktur auch die Exporte wieder anziehen. Zusätzliche Nachfrage nach deutschen Produkten dürfte dabei vor allem aus China, den USA, den Niederlanden, Österreich, Belgien und osteuropäischen Ländern wie Polen, Tschechien und Russland kommen. Bedingt durch das schwache erste Halbjahr 2012 wird der Export im Jahresdurchschnitt 2012 nur um 2,8 % zulegen.

Gedämpfter Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen

Die bislang recht dynamische Investitionstätigkeit dürfte im Herbst 2011 erheblich an Schwung verloren haben. Die Unternehmen dürften in Anbetracht der schwächeren Weltkonjunktur und großer Unsicherheiten über die Wirtschaftsentwicklung in der nächsten Zeit eher vorsichtig Investitionsausgaben tätigen. Nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests lag die Kapazitätsauslastung in der Industrie im vergangenen Herbst über dem langjährigen Durchschnitt, ist aber im Vergleich zum Sommer gesunken. Daher dürfte der Anreiz, Erweiterungsinvestitionen jetzt auszulösen, etwas abgenommen haben.

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2009	2010	2011[1]	2012[1]
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr[a]				
Private Konsumausgaben	–0,1	0,6	1,4	1,2
Konsumausgaben des Staates	3,3	1,7	1,2	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	–11,4	5,5	6,9	2,2
Ausrüstungen	–22,8	10,5	8,8	2,8
Bauten	–3,0	2,2	5,7	1,6
Sonstige Anlagen	0,6	4,7	4,6	4,6
Inländische Verwendung	–2,6	2,4	2,3	1,2
Exporte	–13,6	13,7	8,4	2,8
Importe	–9,2	11,7	7,6	4,6
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	–5,1	3,7	3,0	0,4
Erwerbstätige[b] (1.000 Personen)	40.362	40.553	41.060	41.270
Arbeitslose (1.000 Personen)	3.415	3.238	2.975	2.835
Arbeitslosenquote[c] (in %)	8,1	7,7	7,1	6,7
Verbraucherpreise[d] (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,4	1,1	2,3	1,8
Finanzierungssaldo des Staates[e]				
– in Mrd. €	–76,1	–106,0	–27,5	–24,5
– in % des Bruttoinlandsprodukts	–3,2	–4,3	–1,1	–0,9
Nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	–4,2	1,8	1,5	–0,2
Verbraucherpreisindex im Euroraum[f] (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,3	1,6	2,6	1,2

1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Definitionen gemäß Bundesagentur für Arbeit). – d) Verbraucherpreisindex (2005=100). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – f) HVPI-EWU (2005=100).

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2011 und 2012: Prognose des ifo Instituts.

Andererseits liegen derzeit keine Indizien für einen scharfen Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen vor. Der ifo Investitionstest deutet auf eine weitere Expansion der Ausrüstungsinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe hin, auch wenn das Plus in 2012 weniger kräftig ausfallen dürfte als im Jahr 2011. Stützend auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen wirken die Finanzierungsbedingungen. Eine Kreditklemme, wie sie in manchen anderen Ländern der Eurozone oder in Teilen Osteuropas droht, ist in Deutschland aber derzeit wenig wahrscheinlich. Darüber hinaus dürften die Notenbankzinsen im Prognosezeitraum niedrig bleiben. Nach wie vor verfügen die Unternehmen auch über beträchtliche Mittel zur Selbstfinanzierung. Insgesamt dürfte daher die Finanzierungsseite die Investitionstätigkeit kaum hemmen. Erheblich mehr Gewicht haben derzeit die Nachfrage- und Ertragserwartungen der Unternehmen.

Nach einem schwächeren Winterhalbjahr dürfte sich die Investitionstätigkeit im weiteren Verlauf des Jahres 2011 wieder etwas belebt haben. Im Jahresdurchschnitt 2012 steigen die Ausrüstungsinvestitionen um 2,8 % (2011: 8,8 %).

Bauboom geht weiter

Die Bauinvestitionen sind im ersten Vierteljahr des vergangenen Jahres im Zuge der günstigen Winterwitterung stark ausgeweitet worden. Seither konnte dieser Niveausprung nicht ganz gehalten werden.

Der Aufwind im **Wohnungsbau** dürfte grundsätzlich fortbestehen. Die Auftragsbestände lagen Ende September 2011 nominal um mehr als 25 % über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Auch die Baugenehmigungen für neue Wohnungen in Einfamilienhäusern und in Mehrfamilienhäusern haben in diesem Zeitraum deutlich zugenommen. Der Wohnungsbau dürfte davon profitieren, dass er als werterhaltende Kapitalanlageform gilt. Die Hypothekenzinsen sind zudem weiterhin günstig. Damit dürften die Wohnbauinvestitionen im Jahr 2012 um knapp 3 % zulegen.

Bei den **Wirtschaftsbauinvestitionen** sind die Konjunkturrisiken größer geworden. Besonders bei Fabrikgebäuden könnte sich eine etwas zögerlichere Baunachfrage zeigen. Insgesamt sind die Auftragsbestände im gewerblichen Bau aber hoch, sodass es wohl bei einer positiven Grundtendenz im Wirtschaftsbau bleibt. Unterfüttert wird diese Entwicklung durch anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen. Ab Mitte nächsten Jahres dürften sich zudem die Ertragsperspektiven der Unternehmen wieder aufhellen. Insgesamt steigen die Wirtschaftsbauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2012 um 0,6 %.

Die **öffentlichen Bauinvestitionen** werden im Jahr 2012 zunächst etwas nachgeben. Die Baugenehmigungen der öffentlichen Bauherren waren in den ersten 9 Monaten des Jahres 2011 um reichlich 20 % niedriger als im Vorjahr und der Auftragsbestand im öffentlichen Bau war im September um mehr als 8 % geringer als vor Jahresfrist. Die positiven Effekte aus den Konjunkturpaketen laufen aus und viele Gemeinden werden trotz einer günstigen Entwicklung bei den Gewerbesteuereinnahmen noch zurückhaltend mit neuen Projekten sein. Obwohl viele Kommunen weiter in einer angespannten Haushaltslage sind, dürfte sich im weiteren Jahresverlauf 2012 die günstigere Einnahmesituation aber etwas bemerkbar machen und die Nachfrage wieder steigen. Aufgrund des schwachen ersten Halbjahres werden die öffentlichen Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2012 um 2 % abnehmen. Die gesamten Bauinvestitionen werden um 1,6 % steigen.

Privater Konsum nimmt weiter zu

Der reale private Konsum, der im Frühjahr 2011 – nicht zuletzt in Reaktion auf den neuerlichen Höhenflug der Ölpreise – gesunken war, hat im dritten Quartal 2011 wieder merklich zugenommen. Maßgeblich hierfür war die Expansion der real verfügbaren Einkommen, die Sparquote ist hingegen unverändert geblieben. Zwar sind die Nettolöhne und die monetären Sozialleistungen nur leicht gestiegen, dagegen haben die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögen aber kräftig zugelegt. Hinzu kam, dass sich das Verbraucherpreisniveau kaum noch erhöht hat. Den Frühindikatoren zufolge dürften die realen Konsumausgaben auch im vierten Quartal 2011 zugenommen haben.

Im Jahr 2012 wird der private Konsum voraussichtlich verhalten weiter steigen. Zwar werden die Tarifverdienste auf Monatsbasis rascher als in diesem Jahr zulegen, die Bruttolöhne je Beschäftigten dürften aber bei einer wieder leicht negativen Lohndrift merklich langsamer expandieren. Da sich die Beschäftigung zudem nur noch leicht erhöht, werden die Bruttolöhne und -gehälter in der Summe nur noch 2,8 % zunehmen (2011: 4,3 %). Nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialabgaben ergibt sich eine Steigerung um 2,7 %, wobei die beschlossene Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um 0,3 Prozentpunkte berücksichtigt worden ist. Auch die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen dürften langsamer als zuvor expandieren, dämpfend wirkt die Konjunkturabschwächung. Dagegen werden die monetären Sozialleistungen im Vorjahresvergleich wieder steigen. Die Altersrenten werden stärker als 2011 angehoben, bei den übrigen Transferleistungen

sind zudem keine Leistungskürzungen vorgesehen. Insgesamt dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2012 nominal um 2,8 % und real um 1,2 % expandieren. Bei unveränderter Sparquote steigen die privaten Konsumausgaben im gleichen Tempo.

Geringerer Verbraucherpreisanstieg

Das Verbraucherpreisniveau ist im vergangenen Jahr merklich gestiegen. Hierzu trugen maßgeblich die höheren Preise für Energieträger und hier insbesondere für leichtes Heizöl und Kraftstoffe bei.

Im laufenden Jahr dürfte das Verbraucherpreisniveau verlangsamt steigen, dies nicht zuletzt auch aufgrund von Basiseffekten. Zwar werden sich die der Ölpreisentwicklung mit Verzögerung folgenden Gaspreise und Umlagen für Fernwärme weiterhin zum Teil erhöhen. Bei Strom ist ab Januar 2012 mit erneuten Tariferhöhungen zu rechnen. Zudem werden die Kfz-Versicherungsprämien merklich steigen. Auch wird die Tabaksteuer erneut angehoben. Zudem dürften sich kommunale Dienstleistungen angesichts wieder knapperer Kassen verteuern. Schließlich steigen auch die Lohnstückkosten spürbar. Gegenzurechnen ist allerdings, dass die Preiserhöhungsspielräume vieler Unternehmen angesichts der deutlich langsameren Gangart der Konjunktur kleiner werden dürften. Alles in allem dürfte das Verbraucherpreisniveau im Jahresdurchschnitt 2012 um 1,8 % steigen. Ohne Energieträger gerechnet dürfte sich der Warenkorb um 1,6 % verteuern.

Beschäftigungsaufschwung verlangsamt sich

Die Erwerbstätigkeit erreichte im Verlauf des vergangenen Jahres immer neue Höchststände. Begründet in der Lohnzurückhaltung der Vergangenheit und der damit verbundenen hohen Wettbewerbsfähigkeit konnten deutsche Unternehmen in besonderem Maße vom weltweiten Aufschwung profitieren und fragten vermehrt Arbeitskräfte nach. Im Zuge des Beschäftigungsaufbaus wurde auch die Arbeitslosigkeit deutlich reduziert.

Die verfügbaren Indikatoren deuten auf eine fortgesetzte Beschäftigungszunahme hin. Allerdings ergibt sich im Jahr 2012 von Seiten der Arbeitskosten keine Entlastung für den Arbeitsmarkt. Aufgrund der verhaltenen gesamtwirtschaftlichen Expansion dürfte zudem die Kapazitätsauslastung zurückgehen. Vor diesem Hintergrund wird sich der Beschäftigungsaufbau wohl allmählich verlangsamen. Im Jahresdurchschnitt 2012 dürfte die Erwerbstätigkeit um 210.000 Personen steigen. Dabei dürften insbesondere die exportorientierten Bereiche ein deutlich langsameres konjunkturelles Tempo aufweisen als noch in diesem Jahr. Aufgrund dessen verlangsamt sich die Zunahme der Vollzeitstellen und die Teilzeitquote steigt wieder. Da sich die reguläre Wochenarbeitszeit zudem wohl nicht weiter erhöht, Überstunden abgebaut werden dürften und kalenderbedingt eine geringere Zahl an Arbeitstagen zur Verfügung steht, sinkt die durchschnittliche Arbeitszeit um 0,9 % und das Arbeitsvolumen geht um 0,4 % zurück.

Ausgehend von der Zunahme der Beschäftigung sinkt die Arbeitslosigkeit im Jahr 2012 weiter. Die Entwicklung wird dabei von demographischen Faktoren gestützt, wenngleich in geringerem Ausmaß als im Jahr 2011. Die seit Mai 2011 geltende uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit für die acht neuen EU-Mitgliedstaaten dürfte das Angebot an Arbeitskräften für sich genommen hingegen erhöhen. Auch wird die Stille Reserve weiter abnehmen. Alles in allem dürfte das Arbeitskräfteangebot leicht steigen. Im Jahresdurchschnitt 2012 dürfte die Arbeitslosigkeit um 140.000 auf rund 2,8 Mill. Personen zurückgehen; dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,7 % (vgl. Tab. 2).

Konsolidierungsbemühungen lassen nach

Nachdem sich die Lage der Staatsfinanzen in Deutschland in den Jahren 2007 und 2008 deutlich verbessert hatte, wurden in den Jahren 2009 und 2010 außerordentliche Defizite hingenommen, um den rezessionsbedingten Nachfragerückgang in dieser Zeit abzufedern. Bereits Mitte des Jahres 2010 schwenkten die öffentlichen Haushalte jedoch wieder auf einen Konsolidierungspfad ein und es wurde ein „Zukunftspaket“ beschlossen, das in den Jahren 2011 und 2012 Einsparungen vorsah. Aufgrund steigender Einnahmen und sinkender Ausgaben hat sich das gesamtstaatliche Budgetdefizit auf 1,1 % im Jahr 2011 reduziert. Für das Jahr 2012 wird aus konjunkturellen und strukturellen Gründen jedoch nicht mehr mit einem weiteren deutlichen Rückgang der Defizitquote gerechnet (0,9 %).

Das Steueraufkommen wird voraussichtlich nur noch um 2,7 % zunehmen. Dabei werden die direkten Einkommen- und Vermögensteuern (3,7 %) deutlich stärker expandieren als die Produktions- und Importabgaben (1,5 %). Die Lohnsteuer wird hierzu aufgrund der weiter steigenden Beschäftigung beitragen. Allerdings werden sich aufgrund der sich abkühlenden Konjunktur nur noch sehr geringe Zuwächse bei den Gewinnsteuern ergeben. Die Beiträge zur Sozialversicherung werden im Jahr 2012 um 1,6 % steigen. Dabei ist berücksichtigt, dass der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung von 19,9 % auf 19,6 % gesenkt wird.

Tabelle 2: Arbeitsmarkt (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

Deutschland	2008	2009	2010	2011	2012
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	57.365	57.811	57.087	57.979	57.729
Erwerbstätige Inländer	40.290	40.311	40.506	41.004	41.210
Arbeitnehmer	35.811	35.843	36.018	36.472	36.651
darunter: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27.510	27.493	27.757	28.421	28.746
darunter: Geförderte SV-pflichtige Beschäftigung[a]	255	285	260	191	171
Marginal Beschäftigte	5.895	5.936	5.886	5.783	5.760
darunter: Minijobs	4.866	4.904	4.885	4.874	4.878
1-Euro-Jobs[b]	291	280	260	166	138
Selbständige	4.479	4.468	4.488	4.533	4.558
darunter: Geförderte Selbständige[c]	180	145	154	136	126
Pendlersaldo	55	51	47	56	61
Erwerbstätige Inland	4.345	4.362	40.553	41.060	4.127
Arbeitslose	3.258	3.415	3.238	2.975	2.835
Arbeitslosenquote[d]	7,8	8,1	7,7	7,1	6,7
Erwerbslose[e]	3.136	3.228	2.946	2.489	2.263
Erwerbslosenquote[f]	7,2	7,4	6,8	5,7	5,2

a) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen, Personal-Service Agenturen, Eingliederungszuschuss, Eingliederungszuschuss bei Vertretung, Eingliederungszuschuss bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss, Einstiegsgeld bei abhängiger Beschäftigung, Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante, Beschäftigungszuschuss, Qualifizierungszuschuss für Jüngere, Eingliederungshilfen für Jüngere, Entgeltsicherung für Ältere. – b) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – c) Gründungszuschüsse, Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – d) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – e) Definition der ILO. – f) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2011 und 2012: Prognose des ifo Instituts.

Auch bei den staatlichen Ausgaben lassen die Konsolidierungsbemühungen nach. Die Arbeitnehmerentgelte dürften etwas stärker zunehmen, als in den Vorjahren. So wird das Weihnachtsgeld für Bundesbeamte verdoppelt. Auch deuten die Tarifabschlüsse auf eine etwas stärkere Erhöhung im Jahr 2012 hin. Für die monetären Sozialleistungen des Staates wird ein Anstieg um 1,4 % erwartet. Zwar wirken die Ausgaben für Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II weiterhin defizitmindernd; die Rentenanpassung wird jedoch deutlich höher als im Vorjahr ausfallen. Die staatlichen Ausgaben für Investitionen dürften sich stabil entwickeln. Zwar sind die investiven Maßnahmen der Konjunkturpakete im Jahr 2012 ausgelaufen; die inzwischen stark gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen ermöglichen jedoch eine weiterhin rege Investitionstätigkeit. Die Zinsausgaben sollten hingegen aufgrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus rückläufig sein.

Die Schuldenstandquote dürfte am Jahresende 2012 immer noch leicht über 80 % liegen, sofern nicht unvorhergesehene Veränderungen des Bruttoschuldenstands aufgrund von neuerlichen Maßnahmen zur Banken- und Eurorettung zum Tragen kommen.

[1] *Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose von Dezember 2011, vgl. K. Carstensen, W. Nierhaus, K. Abberger, T. O. Berg, B. Born, T. Buchen, C. Breuer, S. Elstner, C. Grimme, S. Henzel, N. Hristov, M. Kleemann, W. Meister, J. Plenk, K. Wohlrabe, T. Wollmershäuser und P. Zorn, ifo Konjunkturprognose 2012: Schuldenkrise bremst deutsche Wirtschaft aus, in: ifo Schnelldienst, 24/2011, 64. Jg. S. 26–72.*